

Fluchtpunkt Rojava

Eckhard Plambeck

Unter dem seit 2011 tobenden Bürgerkrieg leidet die Zivilbevölkerung überall in Syrien. Insbesondere die Situation der Minderheiten verschlechtert sich dort ständig. Tausende Menschen haben Syrien schon verlassen – aus Angst vor Diskriminierung, Überfällen, Entführung, Folter oder Hinrichtung. Hunderttausende sind bereits tot. Wohin, wenn man dem Krieg entfliehen will, aber im Land bleiben möchte oder muss? Kamal Sido geht diesen Fragen im Bericht zu seiner Recherche durch Nordsyrien nach.

Innerhalb Syriens fliehen Angehörige der religiösen oder ethnischen Minderheiten entweder in das vom Regime beherrschte Gebiet an der syrischen Mittelmeerküste im Westen, nach Damaskus oder in den Norden nach Rojava-Nordsyrien. Dr. Kamal Sido, Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat die Region an der Grenze zur Türkei und zum Irak vom 12. März bis zum 3. April 2016 besucht. Stationen der Reise waren unter anderem die Städte Kobani, Qamischli, Amuda, Tall Abyad und Al Hasakeh. Unterwegs traf Kamal Sido Vertreter fast aller in Nordsyrien aktiven Parteien, Organisationen und Vereine. Die Kurd*innen (rund 3 Mio. leben in Syrien, das sind etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung) hatten es hier zunächst geschafft, in den Wirren des Bürgerkriegs eine „Oase des Friedens“ aufzubauen. Ziel war kein eigener Staat, sondern der Beginn eines demokratischen Syriens mit Selbstverwaltung in einem föderalen Land. Ab 2013 entstand dann eine eigene Selbstverwaltung mit einer Regierung, Quoten für die verschiedenen Minderheiten abhängig von deren Bevölkerungsanteil, Gleichberechtigung der Frau, Kulturzentren und einer eigenen Miliz und Polizei. Die Polizei und die „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) haben Rojava-Nordsyrien in den vergangenen Jahren erfolgreich gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) und andere Radikalislamisten verteidigt. Auch militärische Fraueneinheiten (YPJ) sind mit 30 bis 40 Prozent an den militärischen Strukturen beteiligt. Drei Sprachen wurden zu offiziellen Sprachen der Region erklärt: Arabisch, Kurdisch und Aramäisch.

Wie viele Menschen in Rojava inzwischen Zuflucht gefunden haben, weiß niemand genau. Im Jahr 2012 sollen es nach Informationen der GfbV 1.300.000 gewe-

Schutzzone für religiöse und ethnische Minderheiten? Erkenntnisse nach einer Reise durch den Norden Syriens

sen sein. Allein in der Provinz Al-Hasakeh gibt es mindestens drei Flüchtlingslager, in denen es zunehmend schwieriger wird, die Menschen zu versorgen. Hilfsorganisationen ist es kaum möglich, Zugang in die Region zu finden, da die Grenzübergänge von der Türkei und vom Irak nach Rojava faktisch geschlossen sind. „Wir brauchen dringend Unterstützung im medizinischen Bereich und bei der Bereitstellung von Trinkwasser und Elektrizität“, sagte Hussein Azzam, Vizepräsident des „Exekutiven Rates“ der Autonomiebehörde in Cazira, der seinen Sitz in Amuda hat und dort mit Kamal Sido sprach. Wegen der Isolierung an den Grenzen sei nicht nur die medizinische Situation in den Flüchtlingslagern, in denen ständig mehr Binnenflüchtlinge ankommen, schlecht, sondern in der gesamten Region Rojava. Besonders chronisch Kranke, wie Diabetiker*innen oder Dialyse-Patient*innen, litten extrem unter dem Mangel an Medikamenten. Es fehlten auch Antibiotika und Impfstoffe.

„Wir wollen nicht nach Europa und in den überfüllten Asylheimen leben.“

Aber es mangelt nicht nur an materieller Hilfe: Kamal Sido traf viele Menschen, die irritiert bis wütend auf die Syrien-Politik des Westens reagierten. In Gesprächen mit Christ*innen wurde er oft gefragt, „aus welchem Grund Deutschland, die EU und die USA die Islamisten und die türkische Regierung unterstützen“. Die überwiegende Mehrheit der Christen in Syrien ist der Meinung, dass westliche Regierungen durch die Unterstützung der von Islamisten unterwanderten syrischen Opposition (Syrische Nationale Koalition) dazu beitragen, dass immer mehr Christen Syrien verlassen. „Sie hätten doch wissen müssen, dass, wenn diese

Gruppen die Macht übernehmen, sie die Christ*innen ausrotten werden“, zitiert Sido einen Christen, mit dem er in Al-Hasakeh sprach. „Wenn hier vor Ort in Rojava geholfen wird, dann werden die Menschen das Land nicht verlassen.“ Wenn es gelänge, die Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen, kämen nur wenige nach Europa: „Wir wollen nicht nach Europa und in den überfüllten Asylheimen leben.“

Kamal Sido kritisiert in diesem Zusammenhang das in westlichen Medien zum Teil immer noch vorhandene Bild von den „guten Revolutionären“ und dem „bösen Regime“ in Syrien. Spätestens seit dem Auftauchen der IS-Terrorgruppen sei dieses Bild falsch. Heute müsse zur Kenntnis genommen werden, dass die sogenannte Freie Syrische Armee (FSA), die gegen das Assad-Regime kämpft, von Islamisten vollständig unterwandert sei. Damit gehe auch von ihr eine Bedrohung der Koexistenz verschiedener Ethnien und Religionen aus.

Doch in Rojava-Nordsyrien gibt es noch ein Problem: das zwischen der dort mehrheitlich kurdischen Bevölkerung und dem Nachbarn Türkei. Kamal Sido zitiert hierzu den US-amerikanischen Nahostexperten und ehemaligen Mitarbeiter des Verteidigungsministeriums, Michael Rubin, dem er nach seiner Reise zustimmt: „Es

mag in Rojava Probleme geben und die Kurd*innen werden die ersten sein, die das zugeben. Sie hegen revanchistische Ansprüche und sind nicht so demokratisch, wie sie häufig behaupten. Trotzdem [...] sind sie nicht schlimmer als Recep Tayyip Erdogans Türkei, sondern sogar ein ganzes Stück besser. Außerdem sind sie säkular, tolerant gegenüber religiösen und ethnischen Minderheiten in ihrer Mitte.“

Viele glauben an eine Unterstützung der Islamisten durch die Türkei

Politisches Dach der Kurd*innen in Rojava-Nordsyrien ist die „Partei der Demokratischen Union“ (kurdisch: Partiya Yekitiya Demokrat, PYD). Sie wurde 2003 auf Beschluss der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) gegründet. Offiziell steht sie der von der Türkei bekämpften und auch in Deutschland verbotenen PKK jedoch ausschließlich ideologisch, nicht organisatorisch, nahe, insofern sie ebenfalls Abdullah Öcalan als ihren geistigen Führer betrachtet. Kamal Sido hat mit vielen Kurd*innen und Christ*innen gesprochen, die fest daran glauben, dass die türkische Regierung die Radikalislamisten finanziell, politisch und diplomatisch unterstützt. Über das NATO-Mitglied Türkei kommen die

meisten Dschihadisten nach Syrien. Ein syrischer Christ in Al-Hasakeh sagte: „Es wurde zu spät zur Kenntnis genommen, dass diese Islamisten auch für Europa eine Gefahr werden. Wer einen tollwütigen Hund versorgt, wird von ihm irgendwann selbst gebissen.“

In seinem Reisebericht zieht Kamal Sido folgendes Fazit: „Aus eigener Kraft werden sich Kurd*innen und die wenigen Christ*innen in Rojava-Nordsyrien dem radikalen Islam nicht auf Dauer widersetzen können. Sie sind auf Hilfe aus Deutschland, Europa und den USA angewiesen.“ Was Nordsyrien schnellstens benötige, sei die dauerhafte Öffnung der Grenzübergänge von der Türkei und dem Irak für humanitäre Hilfe. „Es ist unsere Aufgabe und wir sind sogar verpflichtet, die Menschen in Rojava dabei zu unterstützen, ein Leben mit einem Mindestmaß an Würde führen und Perspektiven für sich und ihre Kinder entwickeln zu können.“

Der Bericht zur Recherchereise Kamal Sidos findet sich unter: https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2016/Nordsyrien_Reisebericht_compressed.pdf
Eckhard Plambeck war über 30 Jahre Redakteur bei den Kieler Nachrichten, davon über 20 Jahre Politik- und Nachrichtenredakteur. Für den Schlepper ist er ehrenamtlich tätig.



Abtransport von Flüchtlingen von Mitilin.